

Kommunale Kriminalprävention in Deutschland

Ergebnisse der Gesamterhebung lokaler Präventionsarbeit 2017/2018

Verena Schreiber & Lena Münch

Kommunale Kriminalprävention wurde zuletzt im Jahr 2007 bundesweit im Rahmen der Studie „Lokale Präventionsgremien in Deutschland“ systematisch im Hinblick auf Verbreitung, Organisationsform, Arbeitsweisen und inhaltliche Schwerpunkte erfasst. Nach einem Zeitraum von nunmehr zehn Jahren fand im Herbst 2017 eine Fortschreibung dieser Studie statt, um neue Erkenntnisse über die jüngeren Entwicklungen in der Präventionslandschaft zu gewinnen. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt. Der Ergebnisbericht wird zum Jahresende beim DFK veröffentlicht.

Forschungsanlass

Vor über 25 Jahren gründeten sich in Deutschland die ersten Präventionsgremien auf kommunaler Ebene mit dem Ziel, zur Gewährleistung von Sicherheit vor Ort beizutragen. Die Präventionslandschaft hat sich in der Folgezeit sehr dynamisch entwickelt. Auf zahlreiche Neugründungen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre folgte anschließend eine Phase der Institutionalisierung und Verstetigung kommunaler Präventionsarbeit. Zum Zeitpunkt der ersten Studie im Jahr 2007 existierten in Deutschland knapp 1000 Gremien (vgl. Schreiber 2007). Jüngere Untersuchungen auf Bundesländerebene (vgl. z. B. Leitstelle „Kriminalprävention“ des Innenministeriums Rheinland-Pfalz 2017; Dzierzon 2016) geben jedoch Anlass zu der Vermutung, dass die Anzahl an Gremien seitdem deutschlandweit stark rückläufig ist. Als Gründe für die Auflösung werden etwa fehlende finanzielle und personelle Ressourcen oder unklare Aufgabenbereiche angeführt – und damit Problemfelder, die bereits in der Gesamtaufnahme von 2007 zutage traten und auch in vielen weiteren Studien benannt werden (vgl. van den Brink 2015). Zudem zeichnen sich qualitative Veränderungen der Präventionsarbeit und des Verständnisses von Sicherheit ab (vgl. z. B. Ammicht Quinn et al. 2016). Viele Gremien, die anfänglich noch mit dem enger formulierten Ziel antraten, Kriminalität zu reduzieren

und das Sicherheitsempfinden zu stärken, plädieren heute für ein umfassenderes Präventionsverständnis und wollen sich daher auch nicht mehr ausschließlich als „Kriminal“-Präventionsräte verstanden wissen. So schlägt auch etwa das Deutsche Forum Kriminalprävention vor, die Kommunale Kriminalprävention perspektivisch stärker hin zu einem „integrierten Sozialraumkonzept“ zu entwickeln (Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention 2012).

Zehn Jahre nach der letzten deutschlandweiten Gesamterhebung kommunaler Kriminalprävention waren nicht zuletzt diese Befunde der Anlass, die aktuelle Lage zu Bestand, Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen lokaler Präventionsgremien erneut flächendeckend zu erfassen und abzubilden. Im Zentrum der Untersuchung standen dabei auch die Fragen, ob sich einerseits bei den bestehenden Gremien Hinweise auf eine Professionalisierung der Präventionsarbeit finden lassen und andererseits, welche Ursachen und Gründe zum Scheitern nunmehr aufgelöster Gremien geführt haben.

Untersuchungsdesign und Eckdaten der Verbreitung der Präventionsgremien in Deutschland

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Forum Kriminalprävention (DFK) und dem Nationalen Zentrum für Kri-

minalprävention (NZK) führte die Pädagogische Hochschule Freiburg von Oktober 2017 bis März 2018 eine inhaltlich umfassend angelegte, deutschlandweite Umfrage zu kommunaler Präventionsarbeit durch. Um eine flächendeckende Erfassung der Präventionsgremien zu gewährleisten, ging der Erhebung ein mehrstufig-strukturierter Rechercheprozess voraus, bei dem u. a. die in 2007 erfassten Gremien mit den aktuellen Kontaktdaten der Landespräventionsräte¹ abgeglichen wurden. Bereits in dieser Phase der Studie zeichnete sich ab, dass viele der Organisationen, die 2007 noch aktiv waren, sich in den bestehenden Listen der Landespräventionsräte nicht mehr wiederfanden. Im Umkehrschluss wurden in diesen wiederum zahlreiche kommunale Ämter aufgeführt, die zwar auch einen präventiven Auftrag verfolgen mögen (z. B. Ordnungsämter, Jugendreferate oder sehr häufig ganz allgemein das Rathaus), im engeren Sinne aber keine originären oder eigenständigen Präventionsgremien darstellen. Darüber hinaus ist kommunale Präventionsarbeit in den Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich organisiert (z. B. als Kriminalpräventiver Rat oder Ordnungspartnerschaft), was bei der Auswahl der in die Umfrage eingehenden Präventionsnetzwerke sowie bei der inhaltlichen Zielsetzung der Befragung berücksichtigt werden musste.

Der Konzeption des Fragebogens ging eine umfängliche Sichtung jüngerer Untersuchungen zu lokaler Präventionsarbeit voraus. Zusätzlich wurden mit dem Kommunen Frankfurt, Freiburg und Singen im August und September 2017 Leitfadeninterviews geführt, um mögliche Veränderungen sicherheitspolitischer Herausforderungen der letzten Dekade zu erfassen und bei der Befragung zu berück-

¹ Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei den Landespräventionsräten bedanken, die uns in der Vorbereitung und Durchführung der Umfrage unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt dem LPR Niedersachsen, der insbesondere bei der Fragebogenkonzeption wertvolle Anregungen lieferte.

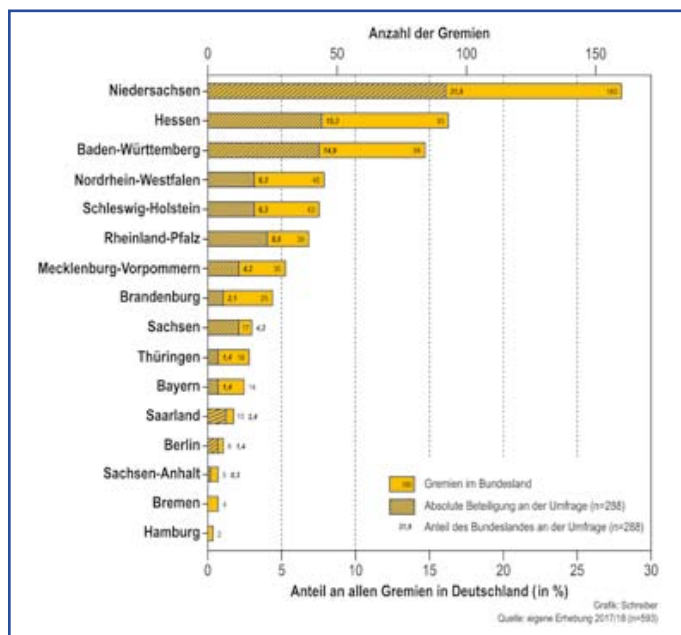


Abb. 1: Verbreitung lokaler Präventionsgremien in Deutschland und Beteiligung an der Umfrage

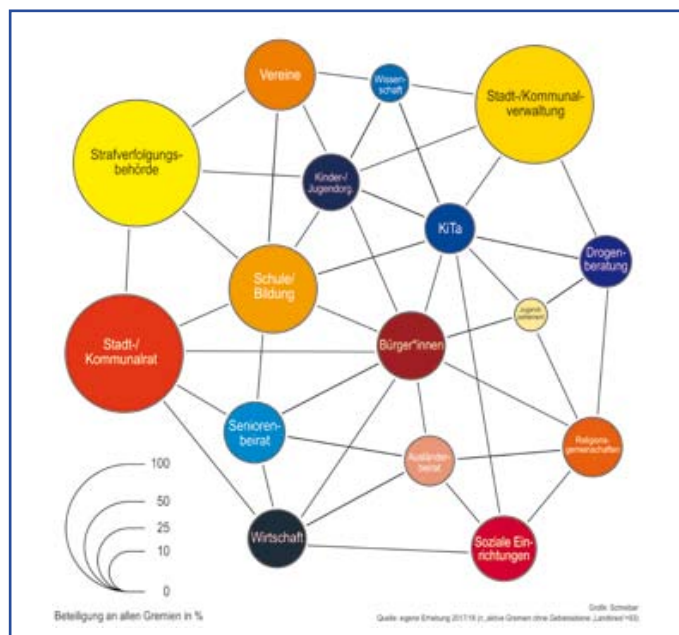


Abb. 2.1: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien in Lenkungsgruppe

sichtigen. Bei der Auswahl und Formulierung der insgesamt knapp 60 Fragen zu den vier Themenbereichen „Gremienstruktur und -organisation“, „Projektarbeit“, „Bewertung kommunaler Präventionsarbeit“ und „Unterstützungsangebote“ wurde darauf geachtet, eine möglichst hohe Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Studie von 2007 zu gewährleisten. Neu integrierte Fragen zielten vor allem darauf, Professionalisierungstendenzen bei bestehenden Gremien sowie Ursachen und Gründe des Scheiterns zu erfassen. Ergänzend zu 2007 wurde außerdem ein Fragenblock zur Inanspruchnahme externer Unterstützungsangebote aufgenommen, um den Bedarf an Beratungsarbeit durch das DFK und die Landespräventionsräte zu ermitteln.

Ab Oktober 2017 wurden 1400 Institutionen in Deutschland zur Beteiligung an der online-gestützten Umfrage per Mail eingeladen. Bis März 2018 hatten 379 Gremien an der Befragung teilgenommen, was einem Rücklauf von 27 % entspricht. Kommunen, die sich trotz mehrfacher Aufrufe nicht zurückgemeldet hatten, wurden anschließend telefonisch kontaktiert, um zumindest zu erfassen, ob das gelistete Präventionsgremium aktuell noch existiert oder sich aufgelöst hat bzw. seine Arbeit ruht. Mit dieser Vorgehensweise konnten Informationen zu weiteren 795 Kommunen eingeholt werden. Führt man die Zahlen zusammen, lassen sich gegenwärtig 593 aktive Präventionsgremien in Deutsch-

land identifizieren. Von weiteren 91 Zusammenschlüssen wissen wir, dass sie derzeit ruhen, 69 Gremien haben sich mittlerweile aufgelöst, 20 sind in Planung (vgl. Karte „Kriminalpräventive Gremien 2018“ auf dem Titelblatt). In weiteren 400 Fällen wurde uns rückgemeldet, dass vor Ort zwar Präventionsarbeit gemacht würde, es aber kein Gremium im eigentlichen Sinne gebe und auch früher keines existiert habe. Bei knapp 230 Fällen ist der aktuelle Status letztlich unklar geblieben, da trotz mehrfacher telefonischer Kontaktaufnahme keine belastbare Auskunft erteilt werden konnte.

Legt man die Zahlen von 2007 zugrunde, entspricht das einem Rückgang an Präventionsgremien in den letzten zehn Jahren um etwa 40 %. Dieser Rückgang erstreckt sich über nahezu alle Bundesländer. Lediglich in Niedersachsen ist die Anzahl konstant geblieben, Thüringen kann sogar einen leichten Zuwachs verzeichnen. Mehr als die Hälfte der gegenwärtig knapp 600 aktiven Gremien entfallen auf die Bundesländer Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg (vgl. Abb. 1), die auf Deutschland bezogen weniger als 25 % aller Gemeinden stellen. Der Großteil an Gremien (ca. 80 %) ist in Kommunen ab 10 000 Einwohner/-innen aktiv; diese Gemeindegröße weisen in Deutschland allerdings nur 15 % aller Kommunen auf. Es zeigt sich daher, dass Präventionsgremien weit überdurchschnittlich in mittleren und größeren Städten und Kommunen etabliert sind. Zudem agieren 62 Zu-

sammenschlüsse auf Landkreisebene, 52 Gremien richten ihre Arbeit auf Stadtteilebene aus.

Gremienstruktur und -organisation

Von zentralem Interesse für die Fortschreibung der Bestandsaufnahme war nicht nur, wie sich die Anzahl und Verteilung der Gremien über die letzten Jahre entwickelt haben, sondern ob sich bei den bestehenden Zusammenschlüssen bedeutsame Veränderungen in der Struktur und Organisation ergeben haben und inwieweit sich hieraus Aussagen über eine Professionalisierung von Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene treffen lassen. Zudem wurde erstmals eine differenzierte Erfassung der Akteursverteilung hinsichtlich unterschiedlicher Organisationsformen vorgenommen.

Kommunale Präventionsgremien sind in Deutschland nach wie vor höchst unterschiedlich organisiert. Etwa ein Drittel der Zusammenschlüsse verfügt über eine zweigliedrige Struktur aus Lenkungs-gremium und untergeordneten Arbeitskreisen und/oder Stadtteilgremien. Dieser mehrgliedrige Aufbau ist erwartungsgemäß stärker in größeren Kommunen verbreitet. Knapp die Hälfte der Gremien weist keine Untergliederungen auf; die verbleibenden Zusammenschlüsse agieren entweder nur als Lenkungs-gremium oder nur als Arbeitsgruppe.

Die unterschiedliche Organisationsform zeigt einen deutlichen Zusammenhang zu Aspekten der Professionalisierung: Zusammenschlüssen mit mehrgliedrigem Aufbau steht mehr Personal für die hauptamtliche Geschäftsführung zur Verfügung, sie können häufiger als die anderen Gruppen auf ein höheres Budget zurückgreifen und haben häufiger ein schriftliches Konzept für ihre Arbeit verfasst. Zudem unterscheiden sich die einzelnen Organisationsformen maßgeblich hinsichtlich ihres jeweiligen Akteursprofils (vgl. Abb. 2.1 bis 2.3): So gelingt es den projektspezifisch und lokal agierenden Arbeitsgruppen und Stadtteilräten deutlich stärker, unterschiedliche Institutionen in ihre Arbeit einzubeziehen und hierbei insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Drogenberatung, Seniorenbeiräte und weitere lokale Akteure zu versammeln. Im Vergleich mit den übrigen Organisationsformen weist diese Gruppe auch den höchsten Aktivitätsgrad bei der Projektarbeit auf. Im Umkehrschluss bilden in den Lenkungsgruppen die Strafverfolgungsbehörden, die Stadt- und Kommunalverwaltung sowie der Stadt- und Kommunalrat die mit Abstand größten Gruppen.

Auch wenn Gremien mit mehrgliedrigem Aufbau auf mehr Personal zurückgreifen können, darf dies nicht darüber hinweg täuschen, dass drei Viertel der Zusammenschlüsse überhaupt keine hauptamtlichen Personalkapazitäten oder lediglich ein gerin-

ger Stellenanteil zur Verfügung stehen (vgl. Abb. 3). Da diese Zahlen nahezu deckungsgleich mit den Ergebnissen von 2007 sind (vgl. Schreiber 2007, S. 35 und S. 80), muss davon ausgegangen werden, dass sich die Ausstattung mit Personalmitteln für die Gremienarbeit in den letzten zehn Jahren nicht merklich verbessert hat. Gleichzeitig wirkt sich eine bessere Ausstattung mit Personal positiv auf die Bewertung der Effektivität der Präventionsarbeit aus. Gremien, die auf mehr als eine halbe Stelle für die hauptamtliche Geschäftsführung zurückgreifen können, bewerten ihre Arbeit deutlich besser als Zusammenschlüsse, die mit wenig oder gar ohne Personal auskommen müssen. Auch eine ehrenamtliche Leitung zeigt ähnlich positive Effekte. Aktuell werden die Personalmittel für die hauptamtliche Geschäftsführung nahezu ausschließlich von der Kommunalverwaltung gestellt. An diese ist das Gremium auch mehrheitlich angebunden, in der Regel an das Ordnungsamt. Andere Mittelgeber, zum Beispiel Fördervereine, spielen bei der Finanzierung von Personal bislang kaum eine Rolle.

Noch deutlicher als die Ausstattung mit Personal nimmt allerdings das Budget auf die Bewertung der Effektivität der eigenen Arbeit Einfluss (vgl. Abb. 4): Hier gaben sich die Gremien, die über mehr als 20 000 Euro im Jahr verfügen können (8,5 %), im Mittel die Note 2,0, während Zusammenschlüsse, die über kein Budget verfügen

(41 %), ihre Arbeit nur mit 2,8 bewerteten. Ein höheres Budget wirkt sich außerdem positiv auf die Aktivität bei der Projektarbeit aus, das heißt finanziell gut aufgestellte Gremien führen mehr Projekte durch, treffen sich häufiger und sind in die einzelnen Projektschritte intensiver eingebunden. Die Mittel für die Projekte werden bei der Hälfte der Gremien aus dem Kommunalhaushalt gestellt. Zu einem geringen Teil fließen auch Spendengelder und Mitgliederbeiträge in die Finanzierung ein.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Anteil an Gremien, die ihre Organisationsform uneingeschränkt empfehlen würden, im Vergleich zu 2007 um 20 % gestiegen ist.² Wer dies nicht tut, wünscht sich für das eigene Gremium häufig eine mehrgliedrige Struktur aus Lenkungs- und Arbeitsgruppe/n sowie eine Umstrukturierung hinsichtlich der Zuständigkeit der Ämter für die kommunale Kriminalprävention. Den Zielsetzungen der eigenen Arbeit würde jedes fünfte Netzwerk besser entsprechen können, wenn eine hauptamtliche Stelle für die Kriminalprävention zur Verfügung stünde.

² Der Zugewinn kann allerdings auch als ein statistischer Effekt der Einstellung der Arbeit vieler „erfolgloser“ Gremien in den letzten zehn Jahren interpretiert werden und bedeutet daher nicht zwangsläufig, dass sich die Gremienorganisation und -ausstattung bei den gegenwärtig aktiven Zusammenschlüssen verbessert haben muss. Das heißt, dass der Anteil an Gremien, die ihre Organisationsform uneingeschränkt empfehlen würden, auch dann steigt, wenn viele weggefallen sind, die das vor zehn Jahren noch verneint haben.

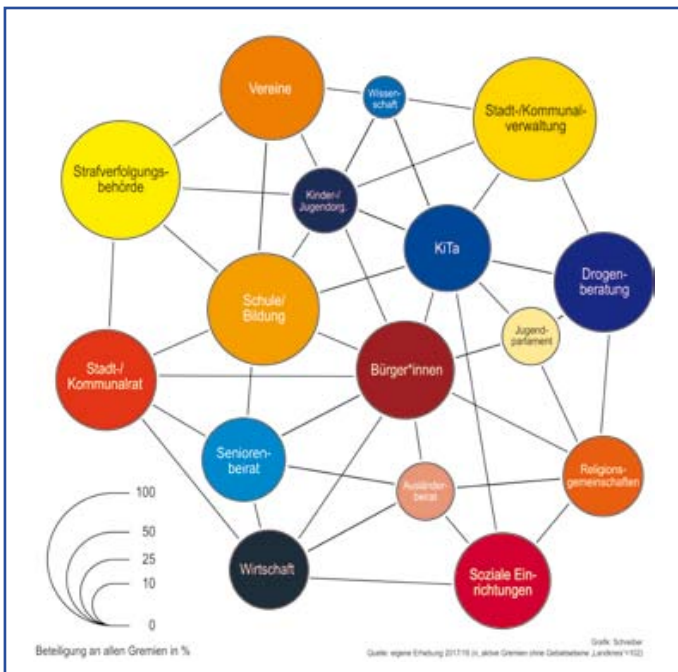


Abb. 2.2: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien in Arbeitsgruppe/Stadtteilgremium

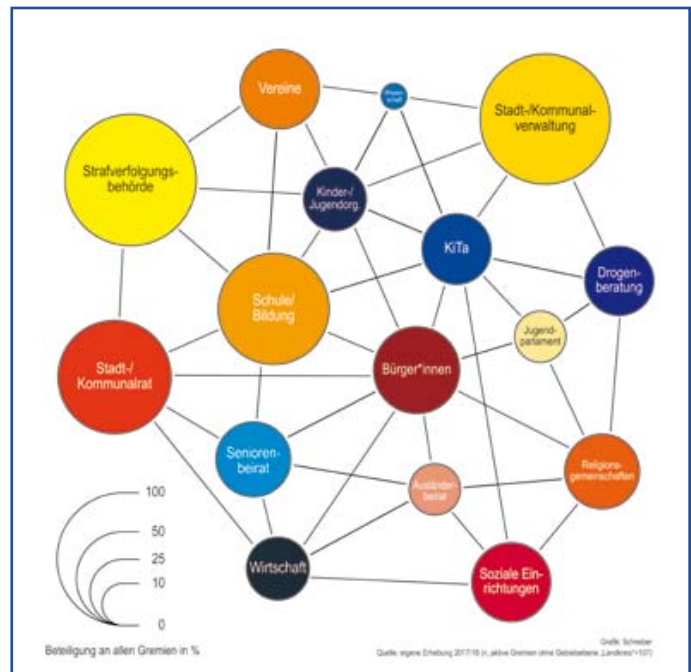


Abb. 2.3: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien mit anderer Organisationsstruktur (ohne Unterteilung in Lenkungsgruppe und Untergruppierung)

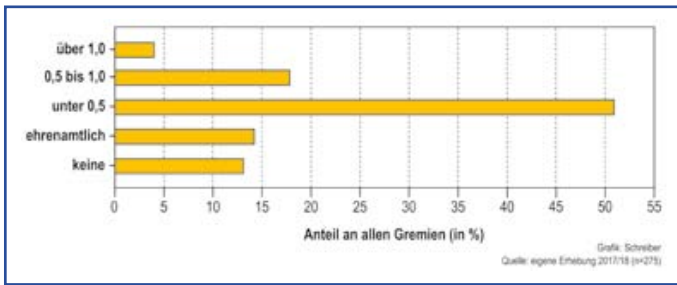


Abb. 3: Personalkapazitäten für die hauptamtliche Geschäftsführung

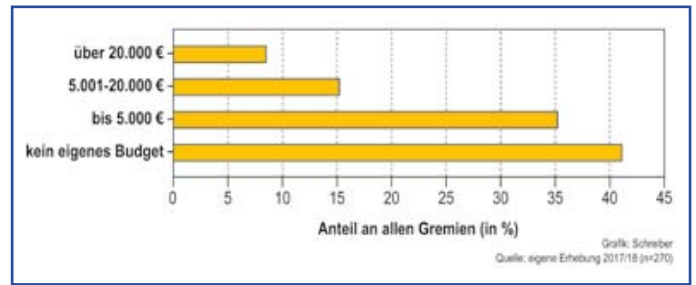


Abb. 4: Verfügbares Jahresbudget

Projektarbeit

Ein weiteres Anliegen der Studie war, Informationen über aktuelle inhaltliche Schwerpunkte und Vorgehensweisen bei der Projektarbeit einzuholen. Hierfür wurde zunächst ermittelt, inwieweit sich in den letzten Jahren für die Kommunen neue sicherheitspolitische Herausforderungen gestellt haben und ob etwaige Veränderungen Einfluss auf den Umfang und die Ausrichtung der Projektarbeit genommen haben. Überraschend war zunächst, dass drei Viertel der gegenwärtig aktiven Gremien die Rückmeldung gaben, dass in ihrem Wirkungsbereich das Kriminalitätsaufkommen in den letzten Jahren gleich hoch geblieben sei bzw. sogar zugenommen habe. Entsprechend sind für den allergrößten Teil der Zusammenschlüsse (80 %) auch keine Problemfelder weggefallen, vielmehr kamen bei jedem zweiten Gremium weitere Problemfelder hinzu. Am häufigsten werden hier Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten, Drogenmissbrauch, mangelndes Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, Jugendkriminalität, Wohnungseinbrüche sowie Internetkriminalität genannt.

Hinsichtlich der Anzahl an Projekten und ihrer inhaltlichen Ausrichtung zeigen sich im Vergleich zu 2007 nur marginale Veränderungen. Weiterhin führt ein Drittel aller Gremien überhaupt keine Projekte durch, die übrigen setzten mehrheitlich eine bis zwei Aktivitäten im letzten Jahr um. Diese konzentrieren sich nach wie vor größtenteils auf spezielle Zielgruppen und hierbei insbesondere auf Kinder und Jugendliche. Bei der Delikt-orientierten Prävention stehen häufig Drogenvergehen im Fokus. Sofern ein räumlicher Zugriff gewählt wird, konzentrieren sich die Projekte auf das Wohnumfeld und den öffentlichen Raum. Verglichen mit 2007 ist die Beteiligung der Gremien an den einzelnen Arbeitsschritten im Projekt leicht zurückgegangen: Die Zusam-

menschlüsse wirken heute weniger an der Projektinitiierung, -umsetzung und -evaluierung mit, als es noch vor zehn Jahren der Fall war. Eine Ausnahme bildet die Projektfinanzierung, in welche die Gremien nunmehr stärker einbezogen sind.

Mit der Befragung sollten außerdem Informationen darüber eingeholt werden, inwiefern sich die Projektarbeit in den letzten Jahren möglicherweise professionalisiert hat. Zu diesem Zweck wurde zum einen erfasst, ob die jeweiligen Aktivitäten aus den amtlichen Daten zum Kriminalitätsaufkommen oder aus Ergebnissen von Bevölkerungsbefragungen zum Sicherheitsempfinden abgeleitet wurden und ob bei der Konzeption und Durchführung auf wissenschaftlich überprüfte Programme und Arbeitsmethoden oder einschlägige Handreichungen zurückgegriffen wurde. Zum anderen wurde erfragt, ob für das Projekt vorab konkrete Ziele definiert und diese nach Durchführung auch überprüft wurden. Diese Aspekte zusammengenommen, weist nur ein vergleichsweise geringer Anteil (knapp 15 %) an Netzwerken einen hohen Professionalisierungsgrad bei der Projektarbeit auf. Hierunter sind Gremien, die in Kommunen mit mehr als 100 000 Einwohner/-innen tätig sind, sowie Zusammenschlüsse mit mehrgliedriger Struktur und projektspezifisch-agierende Arbeitsgruppen deutlich stärker vertreten. Die Mehrzahl der Zusammenschlüsse (ca. 60 %) erfüllen diese Kriterien jedoch nicht oder nur sehr bedingt. So definieren beispielsweise nur etwa 65 % der Gremien im Vorfeld eines Projekts überhaupt Ziele, die wiederum auch nur bei zwei Dritteln überprüft werden. Die Überprüfungsformen sind zudem von sehr unterschiedlicher Qualität und reichen von Fragebogen-gestützten Evaluationen und Abgleichen mit der Kriminalstatistik über Feedback-Gespräche bis hin zu lediglich subjektiven Beobachtungen.

Probleme und Scheitern

Während es bei der Erhebung von 2007 noch vorrangig darum ging, erstmals einen systematischen Überblick über die deutsche Gremienlandschaft und Projektarbeit zu gewinnen – also die zum damaligen Zeitpunkt bestehende Präventionsarbeit abzubilden –, rückten bei der aktuellen Umfrage auch Gremien in den Fokus, die ihre Tätigkeit wieder eingestellt haben. Als Gründe für die Auflösung und Inaktivität werden vor allem vier Aspekte angeführt: 70 % der Gremien, die nicht mehr aktiv sind, bemängeln erstens, dass zu wenig personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestanden hätten. Die Hälfte der Zusammenschlüsse hat zudem zweitens infolge von Umstrukturierungen und Personalwechsel ihre Arbeit eingestellt. Hierin zeigt sich sehr deutlich, dass lokale Präventionsarbeit häufig mit dem Engagement einzelner Akteure steht und fällt. Etwa 40 % der ehemaligen Gremien sahen des Weiteren drittens eine fehlende Motivation dafür ausschlaggebend, dass es letztlich zur Auflösung kam. Vergleicht man diese Aussagen mit den Problemen, die sich aktiven Netzwerken in ihrer aktuellen Arbeit stellen, fallen zwei Zusammenhänge ins Auge: Erstens decken sich die Problemfelder aktiver Gremien in zahlreichen Punkten mit den Gründen, die zur Auflösung vieler Gremien geführt haben. Zweitens lässt sich allerdings auch beobachten, dass bei den bestehenden Zusammenschlüssen viele Probleme nicht mehr so stark ins Gewicht fallen wie noch vor zehn Jahren oder sich auf einem niedrigen Niveau verstetigt haben (beispielsweise fehlende finanzielle Ressourcen, keine Evaluierungen, keine Entscheidungskompetenz, Interessenskonflikte, mangelnde Motivation, unklarer Aufgabenbereich, Dominanz politisch-administrativer Akteure etc.). Eine Erklärung für diesen Rückgang kann im Wegfall ebenjener Gremien liegen, deren Auflösung eine Folge der benann-

ten Problemfelder ist. Ein vierter Aspekt bricht schließlich mit der Vorstellung, dass alle aufgelösten Gremien auch gescheitert sein müssen. Immerhin jedes zweite ehemalige Netzwerk meldet zurück, dass Problemfelder, die damals den Anlass zur Gründung des Gremiums bildeten, mittlerweile weggefallen seien und sich die Arbeit des Netzwerks damit erübrigt hätte.

Inanspruchnahme und Nachfrage externer Unterstützungsangebote

Das DFK und NZK, die Landespräventionsräte und viele weitere Institutionen bieten eine ganze Reihe an Informationsportalen an, bei denen sich Unterstützung für die konkrete Arbeit vor Ort eingeholt werden kann (u. a. Zeitschrift „forum kriminalprävention“, „wegweiser prävention“, „DPT-Map“, „Grüne Liste Prävention/CTC“, „WESPE – Portal für wissens- und evidenzbasierte Sicherheit und Prävention“). Umso erstaunlicher war, dass die einzelnen Angebote nur jeweils von max. 40 % der Gremien im letzten Jahr in Anspruch genommen wurden. Entsprechend blieben die Informationsportale von einem Großteil der Gremien ungenutzt oder sind diesen sogar überhaupt nicht bekannt. Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang zur Ausstattung der Netzwerke: Zusammenschlüsse, die personell und finanziell besser aufgestellt sind, weisen eine höhere Nutzungsintensität von exter-

nen Unterstützungsangeboten auf als Netzwerke, die nur auf wenig Personal und Budget zurückgreifen können. Folglich erreicht das Angebot noch nicht diejenigen Gremien, die aufgrund ihrer geringeren Ausstattung an Ressourcen möglicherweise am stärksten Bedarf hätten. Zu den jeweiligen Landespräventionsräten nehmen gleichwohl mehr als die Hälfte aller Gremien ein- oder mehrmals im Jahr Kontakt auf. Etwa gleich viele Zusammenschlüsse tauschen sich in diesem Umfang auch mit anderen Präventionsgremien über ihre Arbeit aus. Insgesamt trat eine deutliche Diskrepanz zwischen der Inanspruchnahme bestehender Angebote und der Nachfrage nach Unterstützung zutage. So zeigen mehr als die Hälfte der Gremien großes Interesse an einer Unterstützung im Bereich der Maßnahmenentwicklung und -durchführung sowie beim Wissensaustausch und -vermittlung.

Fazit

Mit der Fortschreibung der Bestandsaufnahme kommunaler Präventionsgremien 2017/2018 konnten knapp 600 Zusammenschlüsse ermittelt werden, die gegenwärtig auf lokaler Ebene aktiv sind. Das sind weitaus weniger Gremien, als die Zusammenschau bestehender Leistungen zunächst vermuten ließ und entspricht einem Rückgang von etwa 40 % in den letzten zehn Jahren. Im Vergleich zu 2007 zeigen sich keine umfangreichen Verbesserungen in der Ausstattung

mit Personalmitteln; auch die Projektarbeit lässt noch nicht auf eine umfassende Professionalisierung schließen. Gleichwohl bewerten Zusammenschlüsse, die einen hohen Grad an Professionalisierung und Aktivität zeigen, die Effektivität ihrer Arbeit deutlich besser als die übrigen Gremien – und greifen auch häufiger externe Unterstützungsangebote auf. Diese und alle weiteren Ergebnisse der Umfrage, die in einer Gesamtveröffentlichung voraussichtlich ab Ende 2018 zur Verfügung stehen, können ein Ausgangspunkt sein, um neue Impulse für die Weiterentwicklung kommunaler präventiver Arbeit und ihrer Unterstützungsstrukturen zu setzen.

Dr. Verena Schreiber ist Junior-Professorin für Geographie und ihre Didaktik mit dem Schwerpunkt Humangeographie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Lena Münch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut.

Kontakt: verena.schreiber@ph-freiburg.de;
lena.muench@ph-freiburg.de

Literatur

Ammicht Quinn, Regina, Peter Bescherer, Friedrich Gabriel und Alexander Krahrmer (2016): Leitlinien für eine gerechte Verteilung von Sicherheit in der Stadt. Tübingen.

Dzierzon, Maria (2016): Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis. Eine Bestandsaufnahme am Beispiel des Landes Brandenburg. Forum Kriminalprävention 2016 (3): 3–8.

Leitstelle „Kriminalprävention“ des Innenministeriums Rheinland-Pfalz (Hrsg., 2017): Projektstudie zur Weiterentwicklung der kriminalpräventiven Räte in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Schreiber, Verena (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Frankfurt am Main.

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Hrsg., 2012): Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Bonn.

van den Brink, Henning (2015): Auslauf- oder Erfolgsmodell? Kommunale Präventionsgremien in Deutschland – ein Forschungsüberblick. Forum Kriminalprävention 2015 (1): 6–11.